

„Hab den Polen!“

Etwas zum Nachdenken für wendische Wähler.

Berlin, 7. November. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet in ihrer Nr. 518/519: „Im Kaisersaal des Zoologischen Gartens kamen am Sonnabend die Mitglieder und Freunde des Deutschen Ostruppen-Vereins zusammen, um das 30jährige Bestehen ihres Vereins zu feiern. Der gut besuchte Kommers bot im Flaggenschmuck des Soates und in dem bunten Wida studentischer Korporationen ein farbenfrohes Bild. Der Ostrimarch aus „Die Solduner“ leitete die Feier ein. Im folge die Begegnungsansprache des Bundespräsidenten. Tanne ergriff als Geistlicher Graf Westarp das Wort. Interessant erzählte er zunächst persönlich Erlebtes: Von seiner Studienzeit in Posen, dem dortigen Leben, wie es sich vor Jahrzehnten abspielte, und wie er von jener den deutschen Gedanken gefordert habe. Er spricht dann von dem unerträglichen Druck, dem Grenzdeutsche seit dem Taktat von Versailles im Osten wie im Westen ausgesetzt sind. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung, nicht eher zu ruhen, als bis die gesamte deutsche Irredenta wieder unter ist.“

„Hab den Polen! sei unsere Lösung!“

Graf Westarp darf, nach dem Rücktritt Hergis vom Parteivorsitz, als der einflussreiche Mann innerhalb der Deutsch-nationalen Partei gelten. Zu seinem Lobe muß man sagen, daß seine Erklärungen an Deutlichkeit nie zu wünschen übrig lassen — eine bei deutsch-nationalen Parteiführern nicht allzu häufig anzutreffende Eigenschaft.

Ausgerechnet innerhalb des Ostmarkenvereins, dessen verständnisloses Vorgehen neben der Ostmarkenpolitik der ältesten kaiserlichen Regierung den Gegenstand zwischen Deutschen und Polen in den Ostgebieten erst geschaffen hat, predigt der deutsch-nationale Führer heute „Hab den Polen“. Ohne Ostmarkenpolitik wäre es nie zur Schaffung polnischer Vereine, Zeitungen, Banken, endlich einer polnischen Partei gekommen. Ohne Ostmarkenpolitik hätten wir Posen, Westpreußen, Oberschlesien nie verloren. Diese Ostmarkenpolitik ist nur ein Teil jener Politik, die in West- und Süddeutschland ebenso wie im Ausland als „preußisch“ verachtet wird und ist. Sie empörte die öffentliche Meinung des Ausländers mit den Schlagwörtern von unserer „gepanzerten Faust“ und der „schlimmsten Wehr“. Sie stempelte im Innern die Katholiken zu Staatsbürgern zweiter Klasse und drückte jeden, der der herrschenden Gesellschaftsordnung nicht pohte, an die Wand. Das Vorgehen gegen die Bevölkerung des deutsch-polnischen Gebietes war letzten Endes nur ein Teil der Unterdrückungspolitik, die überall in Preußen gegen die Katholiken angewandt worden ist. Imparität im Westen, Polenpolitik im Westen, Polenpolitik im Osten, das waren Neuerungen eines Geistes, die einander ergänzen.

Die Träger dieses Geistes waren und sind die Kreise, die um Männer vom Schlag des Großen Westarp vereint sind. Die Deutsch-nationale Partei ist das Sammelbeden für alle, die eine Rücksicht der kaiserlichen („Schwarzwalder“) Kriegspolitik wünschen. Den maßgebenden Einfluß auf die Regierung diesen Leuten zu überlassen hieße: Politik der Phrasen statt Politik der Tat nach außen, im Innern aber Imperialität und Unterdrückung der nationalen Minderheiten. („Hab den Polen“!) Diese Politik hat das starke Reich Bismarcks zu Grunde gerichtet, sie würde dem wirtschaftlich geschwächten Deutschland der Gegenwart Sicherheit Ruh und Zersfall bringen.

Der Wahlkampf

Berlin, 7. November. Die „Börsische Zeitung“ meint, daß mit Ausnahme der Kommunisten alle Parteileitungen des Provinz-Westfalen Vereinbarungen getroffen haben, wonach jede plausiblere und absichtliche Siderung und Verstärkung öffentlicher Wohlfahrtsanstaltungen, verbündete Angriffe über Beschlagnahmen von Kandidaten, Rednern oder Führern des politischen Gegners zu unterbleiben haben.

Bielefeld, 7. November. Die sozialdemokratische Partei Westfalen Nord und Mitte hat den preußischen Innensenator Severtius an die Spitze ihrer Kandidatenliste für den Reichstag gestellt.

Hamburg, 7. November. Die demokratische Fraktion der Hamburger Bürgerschaft hat dadurch einen Mandatssatz von zwei Sätzen erhalten, daß die auf der Liste der Gewerbetreibenden gemählten Abgeordneten Wobach und Martens der demokratischen Fraktion als Gäste beigetreten sind. Damit hat die demokratische Fraktion die gleiche Stärke wie die deutsche Volkspartei erhalten.

Die Verhandlungen der Finanzminister

Berlin, 7. November. Die Bekanntmachungen der Finanzminister der Länder beginnen, wie die Morgenblätter melden, heute vormittag 10 Uhr.

Um die Bellegung des Lohnstreites

Berlin, 7. November. Gestern wurden in der Direktion der Reichseisenbahngesellschaft die Verhandlungen mit den Beamtenvertretern über die Personalordnung der Reichsbahn zu Ende geführt. Paul „Germany“ hat auch die letzte Form der Personalordnung die Zustimmung der Beamten- und Arbeiterversetzung noch nicht gefunden. Die Personalordnung besteht sich aus die mittleren und unteren Beamten, auf die Angestellten und Arbeiter, während für die oberen Beamten eine besondere Ordnung erlassen werden wird, deren Entwurf aber noch nicht fertiggestellt ist.

Gestern und gestern fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zur Schlichtung des Lohnstreites im Nahverkehrswesen statt, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Um den Weg zu neuen Verhandlungen zu ebnen, zogen die Unternehmer ihren Antrag auf Verbindlichkeitsverfügung des am 30. Oktober gefällten Schiedsgerichts zurück. Hierbei „Bauwärts“ erhält, ordnete das Reichsarbeitsministerium ein neues Schiedsverfahren an, das voraussichtlich heute oder morgen zur Durchführung gelangen dürfte.

Die deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen

Berlin, 7. November. Offiziell wurde in der Direktion der Reichseisenbahngesellschaft die Verhandlungen mit den Beamtenvertretern über die Personalordnung der Reichsbahn zu Ende geführt. Paul „Germany“ hat auch die letzte Form der Personalordnung die Zustimmung der Beamten- und Arbeiterversetzung noch nicht gefunden. Die Personalordnung besteht sich aus die mittleren und unteren Beamten, auf die Angestellten und Arbeiter, während für die oberen Beamten eine besondere Ordnung erlassen werden wird, deren Entwurf aber noch nicht fertiggestellt ist.

Berlin, 7. November. Offiziell wurde in der Direktion der Reichseisenbahngesellschaft die Verhandlungen mit den Beamtenvertretern über die Personalordnung der Reichsbahn zu Ende geführt. Paul „Germany“ hat auch die letzte Form der Personalordnung die Zustimmung der Beamten- und Arbeiterversetzung noch nicht gefunden. Die Personalordnung besteht sich aus die mittleren und unteren Beamten, auf die Angestellten und Arbeiter, während für die oberen Beamten eine besondere Ordnung erlassen werden wird, deren Entwurf aber noch nicht fertiggestellt ist.

Berlin, 7. November. „Daily Mail“ leitete den Verlauf der deutschen Missionen wiederum sehr heftig. Am 24. und 25. November wird der von der englischen Regierung in Kamerun beschlagnahmte deutsche Seebadeort und die Plantagen mit einem Gesamtareal von 50 Hektar oder 100.000 Morgen ohne jegliche Einschränkung zum öffentlichen Verkauf angeboten. Das Angebot der Sigma Henton und Sohn beträgt über 50 Einzelobjekte, deren Größe 35 Hektar oder 70.000 Morgen beträgt. Die Verluste der englischen Regierung durch Besitzungen 1922 belaufen sich auf 100 Millionen Pfund, wobei deutsche Häuser ausgeschlossen waren, haben sich als erfolglos erwiesen. Diesmal und deshalb auch deutsche Häuser zugelassen.

Ausgaben für Baldwin

London, 7. November. Offiziell erklärt der „Daily Telegraph“ in unmittelbarer Zukunft liege die Entscheidung über die Frage der künftigen Verhandlung der östlichen Besitzungen und der Verteilung der Davies-Kommission.

London, 7. November. „Daily Mail“ leitete den Verlauf der deutschen Missionen wiederum sehr heftig. Am 24. und 25. November wird der von der englischen Regierung in Kamerun beschlagnahmte deutsche Seebadeort und die Plantagen mit einem Gesamtareal von 50 Hektar oder 100.000 Morgen ohne jegliche Einschränkung zum öffentlichen Verkauf angeboten. Das Angebot der Sigma Henton und Sohn beträgt über 50 Einzelobjekte, deren Größe 35 Hektar oder 70.000 Morgen beträgt. Die Verluste der englischen Regierung durch Besitzungen 1922 belaufen sich auf 100 Millionen Pfund, wobei deutsche Häuser ausgeschlossen waren, haben sich als erfolglos erwiesen. Diesmal und deshalb auch deutsche Häuser zugelassen.

Drei politische Prozesse

Das zweite Verfahren gegen Herrmann

Weimar, 7. November. Im großen Schwurgerichtssaal des Landgerichts Weimar begann gestern der zweite Prozeß gegen den früheren sozialistischen Innensenator Herrmann vor dem großen Schössengericht. Der Eröffnungsbeschuß wies Herrmann vor, daß er am 31. März 1923 dem aus dem thüringischen Staatsdienst entlassenen Regierungsrat Kopf die Untersuchung und das Gehalt bis 30. Juni 1923 ausgaben ließ, und daß er auf Staatskosten Militärgewehre aufkauft, die in einem zugemauerten Raum aufgefunden wurden. Die Angeklagte erwiderte, daß er die Tatsachen der Amtsuntersuchung in Tatheit mit Untreue und Vergehen gegen die §§ 206, Abs. 2, und 250 des StGB.

Der Angeklagte Herrmann äußerte sich zunächst zu dem Angeklagten Kopf. Die betreffenden Zahlungen seien nicht aus Staatsgeldern erfolgt, sondern aus Geldern, die von besonderer Seite zur Verfügung gestellt waren. Regierungsrat Kopf habe seinerseits einen Entwurf über die Landespolizei in Arbeit gehabt, der sehr wichtig war, aber bis zum 31. März nicht bearbeitet werden konnte. Deshalb übernahm die Regierung die Hälfte der Umzugskosten. Weiter schilderte der Angeklagte eingehend die Zustände in Thüringen zu Beginn des Jahres 1923, wo Nationalsozialisten das Gebiet Südtüringens unsicher machten. Er, Herrmann, habe deshalb mit Sonder und Hörsching Führung genommen, habe Landespolizei noch der Grenze gelegt und angeordnet, daß alle Waffen, die sich in der Bevölkerung befanden, in die Hände der Regierung kämen. Die Bewaffnung der Volkswehr sei schlecht gewesen und auch der Verstand sehr niedrig. Der Kauf der Waffen sei der Waffenfabrik in Zella-Mehlis bei Verhandlungen mit dem Reichskommissar für Thüringen am 5. Mai 1923 besprochen worden.

Nach der Vernehmung des Angeklagten Ministers Herrmann wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten. Staatskommissar Küpper erklärte zu Fall Kopf: Kopf und Herrmann seien oft bei ihm in Berlin gewesen. Das Reich habe dem Land Thüringen einmal vier Millionen Mark überwiesen aus einem besonderen Fonds zum Zwecke der Ausrüstung der Landespolizei. Die zweite Ueberweisung in Höhe von 180.000 Mark sollte zur Unterstützung einzelner in Not geratener Beamter dienen. Thüringen hat diesen Betrag zur Eindämmung der wirtschaftlichen Notlage der Schupo verwendet. Der Zeuge bestätigt, daß Herrmann mit ihm am 5. Mai 1923 über den Ankauf der Waffen in Südtüringen gesprochen habe. Auf Grund dieser Unterredung erfolgte eine Eingabe der thüringischen Regierung, die um die erforderlichen Mittel bat. Es handelte sich um Waffen, die aus der Bevölkerung herausgeholt werden sollten. Nur über solche Aufsätze sei verhandelt worden.

Ministerkonsulent Ernst Haubrichs saß aus, Sonderkonten seien mit Genehmigung des Landtags zulässig. Zu den Sonderkonten des Innensenisters sei diese Genehmigung noch nicht erforderlich gewesen, da sie besonders verwaltet wurden. Seit 1923 müsse auch über die Sonderkonten Rednung gelegt werden. Das Ministerium des Innern sei berechtigt gewesen, diese Sonderkonten selbständig zu verwöhnen. Von dem Konto „Landespolizeianschaffungen“ habe das Finanzministerium erst 1924 erschaffen.

Die weiteren Zeugen sprechen sich teils für, zumeist aber gegen die Rechtmäßigkeit der Fortsetzung der Gehaltszahlung an den Regierungsrat Kopf aus. Oberregierungsrat Dr. Schulze stellt gleichfalls die Bevollmächtigung der Umzugskosten für Kopf nicht für richtig. Sie hätten nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprochen. Kopf habe erklärt, ihm könne niemand etwas anhaben, er habe die ganze Regierung in der Tasche. Der Zeuge ist der Ansicht, daß die Regierung deshalb das Gehalt noch drei Monate ausgeschüttet habe. — Oberregierungsrat Nietsch, der Leiter des Landeskriminalamtes in Thüringen, hat bei der Revision der Staatsbank im Falle

Loeb die dunklen Landespolizeikonten entdeckt. Von fünfzehn Herren der Staatsbank — der Präsident Loeb war damals nicht anwesend, — wurde ihm versichert, es sei nur ein Konto Landespolizeianschaffungen vorhanden. Bei genauer Untersuchung habe er festgestellt, daß noch ein Konto Landespolizeianschaffungen vorhanden sei, über das kein Direktor der Staatsbank irgendwelche Auskunft geben konnte. Ancheinend ist es von Loeb selbst eingerichtet worden. Der Zeuge ist noch Dresden gefahren und hat dort in der Waffenangelegenheit recherchiert. Der sächsische Minister Liebmann habe die Verhandlungen mit Thüringen vollkommen selbständig geführt. Es sei außergewöhnlich, daß der sächsische Landespolizeiverwaltung nichts von dem Waffenkauf in Thüringen gewußt habe, obwohl sonst Waffenhäuser durch sie gingen.

Schöpfer vor Gericht

Die „Schreckschläge“.

Leipzig, 7. November. Die 4. Strafkammer des Reichsgerichts verhandelte gestern gegen den Arbeiter Erich Seeger, den Zimmermann Ernst Krämer, den Zimmermeister Schöpfer, den Schlosser Gustav Godau und den Schlosser Johannes Koch, sämtlich aus Königsberg, die der Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt waren. Im März d. J. hatte die kommunistische Partei in einem Hause der Hindenburgstrasse in Königsberg ein Waffenlager angelegt, und zwar hatte der Angeklagte Koch diese Waffen in einem Dienstwagen der Wirtschaftsstelle abstellend der Reichsbahnverwaltung dortüber gebracht. Dieses Waffenlager wurde in den folgenden Tagen wieder in einzelnen Transporten weggeschafft. Den letzten dieser Transporte führten einige der Angeklagten am Abend des 14. März auf einem Schlitten aus, während die übrigen bei den Vorbereitungen mit tätig waren. Am Landgraben wurde der Transport von einem Polizeiwachtmeister angehalten. Der Angeklagte Seeger gab bei dieser Gelegenheit auf dem Wachtmeister mehrere Revolverschläge ab. Er gab an, er habe sich nur seine Verhaftung entziehen, nicht aber den Transport scheuen oder den Wachtmeister unschädlich machen wollen; es seien vielmehr nur Schreckschläge gewesen. Bei dem Schreckschlägen waren Transportkästen, die der Angeklagten Transport aus dem Hause der Hindenburgstrasse einsetzte, an alle Nachbarn benachbart. Bei dem Wachtmeister befand sich ein Schlüssel mit Schlüsseln eines zweiten Wartebüros, das neben dem Wachtmeister mit Schlüsseln ein zweiter Wartebüro befand an alle Nachbarn benachbart. Nach dem Angaben über militärische Geschäftsführer und die Schreckschläge verlangt wurden. Auch sollten sie sich um „angreifbare Städte und dergleichen“ bemüht haben. Am 24. Oktober wurde eine Petitionserklärung aufgezogen, in der kommunistische Funktionäre beschlossen, im Sinne der R. P. D. tätig zu werden. Einige Tage später wurde in der Wohnung eines Funktionärs viel zerstörendes Material gefunden, namentlich auch Dokumente auf den erwähnten Wartebüros, ferner Situationstabelle und Gefechtspläne. In dieser Schriftstelle sah die Auflage offenbare Vorbereitungen zum Kampf gegen die Republik. Das Urteil des Reichsgerichts beauftragte gegen beide Angeklagten eine Haftstrafe von 4 Jahren 6 Monaten und 500 Mark Geldstrafe. Koch 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe.

„Ausgeschätzte Städte und dergleichen“.

Leipzig, 7. November. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik hatten sich in zweitägiger Verhandlung der Schriftsteller Walter Dudding in Hamm und der Kaufmann Leo-Pold Helmberg in Hamm wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikschuhgeschäft zu verantworten. Beide Angeklagten waren in der Unterabteilung Hamm der R. P. D. tätig. Am 23. Oktober wurde im Feste des Unterabteilung in Hamm eine Durchsuchung vorgenommen bei den neben Paläten mit Flugblättern ein zweiter Wartebüro befindet an alle Nachbarn benachbart. Bei dem Angaben über militärische Geschäftsführer und die Schreckschläge verlangt wurden. Auch sollten sie sich um „angreifbare Städte und dergleichen“ bemüht haben. Am 24. Oktober wurde eine Petitionserklärung aufgezogen, in der kommunistische Funktionäre beschlossen, im Sinne der R. P. D. tätig zu werden. Einige Tage später wurde in der Wohnung eines Funktionärs viel zerstörendes Material gefunden, namentlich auch Dokumente auf den erwähnten Wartebüros, ferner Situationstabelle und Gefechtspläne. In dieser Schriftstelle sah die Auflage offenbare Vorbereitungen zum Kampf gegen die Republik. Das Urteil des Reichsgerichts beauftragte gegen beide Angeklagten eine Haftstrafe von 4 Jahren 6 Monaten und 500 Mark Geldstrafe. Das Urteil wurde erst heute verkündet worden.

Pacelli zum Amtmann für Deutschland ernannt

Wien, 7. November. Die Zeitungen teilen mit, daß Kurt Pacelli offiziell zum Amtmann bei der deutschen Regierung ernannt wurde.

Kurze Nachrichten

Wüscath und Werden geräumt. Die Franzosen haben gestern Wüscath im Kreis Mettmann geräumt. Auch aus Werden an der Ruhr sind gestern die letzten französischen Truppen abgerückt, nachdem bereits vorgestern die französischen Eisenbahner den Bahnhof in Werden verlassen hatten.

Auch in Paris beginnt der Bankenkrieg. Die Pariser „Banque Immobilière et Commerciale“, die etwa 100 Filialen in der Provinz unterhält, wurde durch Gerichtsbeschluss geschlossen. Die Passiven der Bank sollen sich auf etwa 80 Millionen Franken belaufen.

Frankreich und der Vatikan. Ministerpräsident Herricot hat gestern den apostolischen Nuntius Monsignore Ceretti empfangen. Er unterhielt sich mit ihm über diejenige Stelle der Rede des Unterrichtsministers Francois Albert, die sich auf die Person des Nuntius bezog. Der Ministerpräsident bestätigte bei dieser Gelegenheit, daß Frankreich den Gebrauch treu bleibe, der sich auf die Rechte des diplomatischen Korps beziehen. Damit ist der Zwischenfall, der durch die Rede des Unterrichtsministers in Valence hervergerufen wurde, beseitigt.

Das Hochwasser des Rheins steht

Koblenz, 7. November. Die vom Hochwasser des Rheins und seiner Nebenflüsse verursachten Schäden lassen sich noch nicht in ihrem vollen Umfang übersehen. Eine genaue Feststellung wird erst nach Ablauf des Wassers möglich sein. Die Reichs- und Staatsbehörden sind jetzt damit beschäftigt, sich über den Umgang der Katastrophe zu unterrichten. Rücksichtsweise findet eine Konferenz mit den Vögten der Provinz Mittelrhein statt. Zuvor hat der Oberpräsident die besonders in Mittelrhein gelegenen Gebiete am Rhein und an der Mosel besucht, um sich für die bevorstehenden Verhandlungen mit den Reichs- und den Staatsbehörden persönlich einen Überblick zu verschaffen. Dabei soll an die Beteiligung der Kommunalverbände, insbesondere des Provinzialverbands der Rheinprovinz gedacht werden. — Die gefährliche Stadtverordnetenversammlung bewilligte unbedenkliche Mittel als erste Nothilfe für die Bedrohten der überfluteten Gebiete. Täglich werden Tausende Portionen Eßsalat und große Mengen anderer Lebensmittel ausgeteilt. Die Haushaltssteuer, Grund- und Gewerbesteuer soll den betroffenen Haushaltsherrn und Mieter gestundet werden.

Duisburg, 7. November. Das Hochwasser ist auf einer Pegelhöhe von 7,81 Meter zum Stillstand gekommen. Die Stadt hat in den überfluteten Straßen einen regelmäßigen Kahnendienst eingerichtet, der Personen mit Lebensmitteln versorgt. Auch die Polizei führt auf Fahrten umher. In den Geschäftshäusern der niedrigen Siedlungen steht das Wasser in den Lagerräumen. Mit dem Stadtteil Auerbach wird der Fußgängerweg nur holdmäßig aufrecht erhalten.

Mainz, 7. November. Der Wasserstand des Rheins geht weiter zurück. Der Schiffsverkehr zwischen Mainz und Mannheim wird durch das Hochwasser nicht mehr gestört. Auch der Main, Neckar und Oberrhein fallen ständig.

Wochentag	Montag	Tuesday	Wednesday	Thursday	Friday	Saturday	Sunday
Fr. 7.11.	78	11.37	11.37	11.37	11.37	11.37	11.37
Sam. 8.11.	—	—	—	—	—	—	—